



Juli 2018



# Belarus-Newsletter 1/2018

*„Unser Haus“ ((bela)russisch: Nash Dom) ist ein Menschenrechtsnetzwerk in Belarus. Es begann mit einer von Olga Karatch gegründeten Initiative in Vitebsk; heute hat Nash Dom Gruppen in mehr als 15 Städten und Gemeinden in Belarus. Nash Dom setzt sich für die Interessen der Bürger\*innen in Belarus ein und fördert zivilgesellschaftliche Initiative und Aktivitäten. Viele Aktivist\*innen haben eine jahrelange Erfahrung, sich selbst zu vertreten und für ihre Rechte zu kämpfen und andere dabei zu unterstützen. Zu den Projekten von Nash Dom gehört die Arbeit mit Gemeinde- und Stadträten, um sie durch öffentliche Kampagnen (mit Erfolg!) zur Rechenschaftslegung gegenüber den Bürger\*innen aufzufordern (z.B. offen zu legen, wofür öffentliche Mittel ausgegeben werden). Sie unterstützen Aktivist\*innen, wenn sie Opfer von Repression werden – Misshandlungen bei Festnahmen, Wegnehmen von Kindern. Und sie engagieren sich in ganz alltäglichen Anliegen wie die Instandhaltung von Hausfluren oder Einrichtung von Bushaltestellen.*

*In diesem Newsletter möchten Nash Dom und der BSV, der seit 2005 Nash Dom unterstützt, über Entwicklungen in Belarus informieren.*

*Den Anfang macht dieser Beitrag von Olga Karatch, bei dem es um den "Minsker Dialog" und ein Treffen rechtspopulistischer Parteien in Belarus geht. In unregelmäßigem Abstand werden weitere Newsletter folgen.*

## **Die Organisation „Unser Zuhause“ (НАШ ДОМ/Our House) präsentiert auf den folgenden Seiten die Ergebnisse der Konferenz „Minsker Dialog“.**

### **Teil 1**

Dieser Bericht fasst einige der vorläufigen Ergebnisse der Konferenz „Minsker Dialog“ zusammen, die **vom 23. bis 25. Mai 2018** stattfand. In diesem Bericht wird eine Reihe von Fakten präsentiert und kritisch reflektiert, die der internationalen Gemeinschaft unbekannt ist. Dazu gehört beispielsweise die Tatsache, dass die weißrussische Seite mithilfe von GONGO-Strukturen (vom Staat gelenkte NGOs) einen **Kongress rechtsextremer Parteien in Minsk** vorbereitet.

Getreu unseren Grundsätzen besteht unser Ziel nicht darin, konkrete Organisationen oder Personen zu kritisieren, sondern darin, die Informations- und Transparenzlücken zu schließen. Durch unsere Tätigkeit möchten wir alle zu einem ehrlichen Dialog einladen und dadurch zur kritischen Reflexion der Gesamtsituation bringen. Wir glauben, dass wir gemeinsam ein demokratisches Weißrussland aufbauen können, das seinen Platz in der europäischen Familie der Nationen nur durch einen offenen Dialog und Diskussionen über schwierige Themen mit unseren europäischen Partner\*innen finden wird.

Einerseits freuen wir uns über die Tatsache, dass die Konferenz unter Beteiligung europäischer und internationaler Expert\*innen stattfand und dass sie von Alexander Lukaschenko besucht wurde. Obwohl wir den positiven Auswirkungen der Konferenz "Minsker Dialog" einen gesonderten Bericht widmen werden, werden wir im Folgenden einige Aspekte der Konferenz diskutieren, die für unsere Organisation von großer Bedeutung sind.

Andererseits muss betont werden, dass die **Europäische Union eine eher passive Rolle im Verhandlungs- und Kommunikationsprozess mit der weißrussischen Seite einnimmt** und ihr Gestaltungspotenzial nicht vollkommen ausnutzt. Die Frage, wer den Verhandlungsprozess führt, ist aus strategischer Sicht sehr wichtig. Wenn man sich auf die Spielregeln eines anderen einlässt, muss man mit einem gewissen Kontrollverlust rechnen. Nicht selten kommt es auch vor, dass die Spielregeln etwas „modifiziert“ werden. Dies ist im Fall der o.g. Konferenz passiert: Alexander Lukaschenko entschied sich, die Wirksamkeit des Dialogs mit den Vertreter\*innen der europäischen demokratischen Strukturen zu schwächen und stellte den überraschten Teilnehmer\*innen die Umsetzung der Strategie „Helsinki 2.0“ vor. Diese Strategie ist eine von der weißrussischen Seite modifizierte Version der KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, allerdings ohne die Menschenrechtsdimension.

Alexander Lukaschenko sucht derzeit aktiv nach Kontakten und bereitet vor allem den **Kongress rechtsextremer europäischer Parteien in Minsk** vor. Unter den eingeladenen Parteien findet man beispielsweise den französischen *Front National* mit Marine Le Pen an der Spitze, die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, die *Alternative für Deutschland (AfD)* und **15** weitere rechte oder rechtsextreme europäische Parteien. Unserem Verständnis nach handelt es sich dabei um die Fortsetzung des Dialogformats, sozusagen um einen „Minsker Dialog 2.0“.

Wegen der Sorge um den eigenen guten Ruf können die rechtsextremen Parteien weder von Alexander Lukaschenko persönlich, noch vom weißrussischen Außenministerium nach Minsk offiziell eingeladen werden. Aus diesem Grund wird dies von der rechtsextremen Liberal-Demokratischen Partei von Belarus (LDPB) unter der Führung von Sergei Gaidukevich, übernommen. Der Rolle und Funktion der LDPB in Lukaschenkos Machtgefüge werden wir uns in einem gesonderten Newsletter mit dem Titel „*Drei Haselnüsse für Aschenbrödel*“ widmen. In Kürze kann man die Partei wie folgt charakterisieren:

Die Liberal-Demokratische Partei (LDPB) ist ein Zweig der russischen Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) mit *Vladimir Zhirinovskiy* an der Spitze. Die LDPB ist eine regierungsnaher Partei, die die „schmutzigen“ politischen Aufgaben übernimmt, von denen sich Lukaschenko aus verschiedenen Gründen distanziert.

Wie sich später herausstellte, arbeiteten die weißrussischen Behörden mit Saddam Husseins Regime durch Sergei Gaidukevich und die LDPB aktiv zusammen. Am 1. März 2005 wurden Dokumente in den unabhängigen Medien veröffentlicht, die beweisen, dass die LDPB Hussein **996.798.060** US-Dollar schuldete. Es stellte sich heraus, dass die weißrussischen Behörden im September **2001** einen Vertrag über den Verkauf von **2 Millionen** Barrel Erdöl über die LDPB abschlossen. Obwohl dieses Kontingent rechtlich formalisiert und verkauft wurde, sollte eine „Provision“ in Höhe von 30 Cent pro Barrel an den Irak zurückgezahlt werden. Saddam Hussein erhielt dieses Geld jedoch nie, weswegen es zu einem Konflikt zwischen ihm und den weißrussischen Behörden kam. (<https://news.tut.by/society/53957.html>) Da aber zu der Zeit die militärischen Operationen im Irak angingen, blieben Lukaschenko jegliche Probleme erspart.

Alla Gaidukevich, die derzeit in Österreich lebende Ehefrau von Sergei Gaidukevich, wird im Zusammenhang mit der Untersuchung von Geldwäsche des illegalen Waffenhandels der weißrussischen Behörden erwähnt.

Oleg Gaidukevich, der Sohn von Sergei Gaidukevich, war Leiter der Minsker *Frunzenskys Bezirksabteilung für interne Angelegenheiten*, die wegen der brutalen Praktiken als „Minsker Gestapo“ bezeichnet wurde. Er erließ Befehle nicht nur für die blutige Niederschlagung von Demonstrationen, sondern auch für Entführungen von Journalisten und friedlichen Demonstranten sowie für Folterungen, Misshandlungen und Manipulation von Straf- und Verwaltungsverfahren. Mehr als **100** Aktivist\*innen einer einzigen Organisation, der Jungen Front (Молодой Фронт), und unzählige Mitglieder anderer demokratischen Fraktionen wurden auf Befehl von Oleg Gaidukevich verhaftet.

Der Stellvertreter von Sergei Gaidukevich war in Weißrussland dafür bekannt, dass er seine **8-jährige Tochter** zur Herstellung von Kinderpornographie missbrauchte, die er dann anschließend im Internet verkaufte. Da eine solche Tat sogar für die weißrussischen Behörden nicht mehr tolerierbar war, landete der pädophile Vater schließlich im Gefängnis.

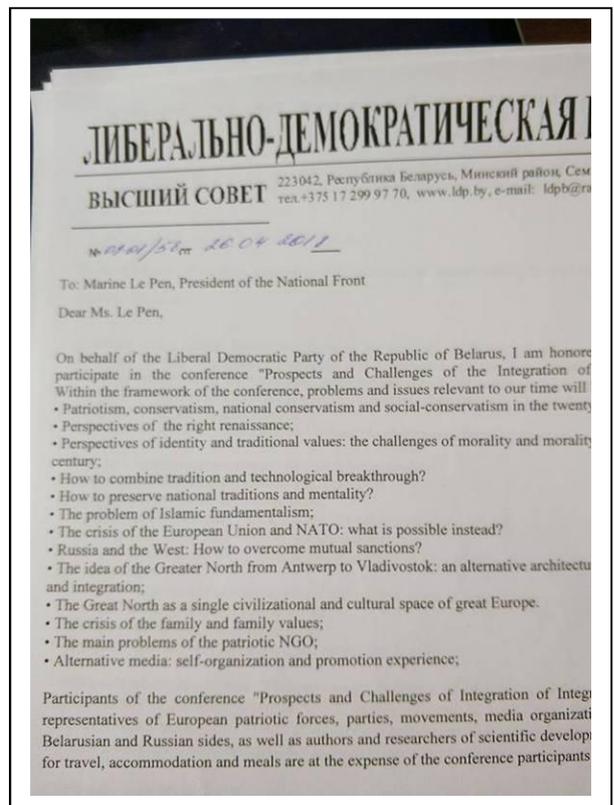
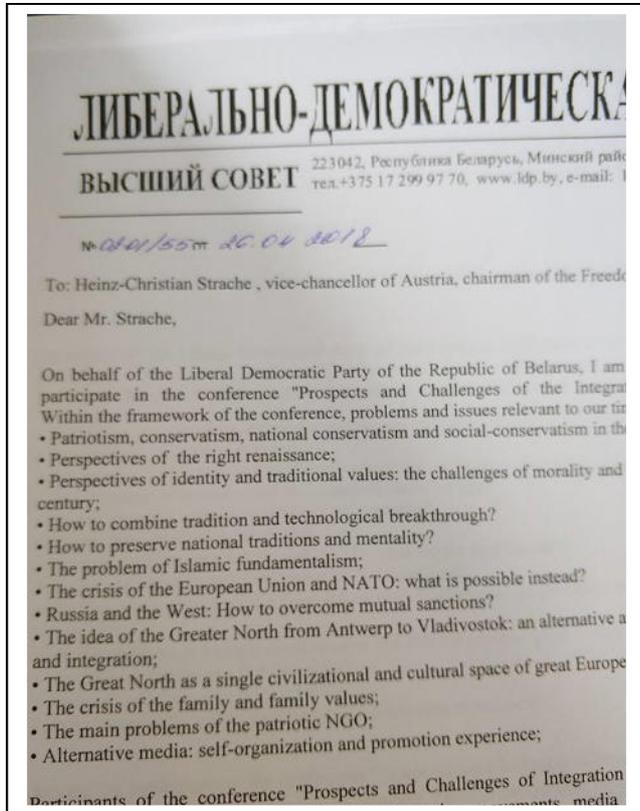
Anhand solcher Fakten wird klar, warum die LDPB als Veranstalter des „problematischen“ Kongresses rechtsextremer europäischer Parteien in Minsk ausgewählt wurde.

**Am 21. Mai 2018** konnte es Oleg Gaidukevich nicht mehr aushalten und bekannte sich auf seinem Facebook-Profil stolz zu seiner Rolle als Kongressveranstalter.

Da dies am Vorabend der Konferenz „Minsker Dialog“ geschah, als das weißrussische Außenministerium alle Informationskanäle sehr aufmerksam verfolgte, wurde Oleg Gaidukevich über seinen Fehlgriff sofort informiert. Obwohl sein Post nach etwa **einem Tag** verschwand, hatte unsere Organisation genug Zeit gehabt, genügend Screenshots zu machen.

Sein Post bestand aus den folgenden Teilen:

1. Eine Einladung an Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National, zur Teilnahme am Kongress rechtsextremer Parteien in Minsk (**26.04.2018**).
2. Eine Einladung an Heinz-Christian Strache, den FPÖ-Vorsitzenden (**26.04.2018**).
3. Worte von Oleg Gaidukevich, am 21.05.2018 auf seiner offiziellen Facebook-Seite veröffentlicht: *„Die Vorbereitungen des Kongresses der patriotischen Parteien Europas in Minsk haben begonnen. Front National, Freiheitliche Partei Österreichs, Alternative für Deutschland, Einiges Russland, mehr als **15** europäische Parteien.“*



Schauen Sie sich bitte noch einmal die Daten an: Die Einladungen wurden am **26.04.2018** verfasst, die Nachricht an sich wurde fast einen Monat später, am **22.05.2018**, gepostet. Dies bedeutet höchstwahrscheinlich, dass die Einladungen angenommen wurden, sonst hätte man keine Statements wie „Der Kongress **wird stattfinden**“ veröffentlicht.

Ferner wollen wir auch auf die thematische Ausrichtung des Kongresses aufmerksam machen: „Perspektiven und Herausforderungen für die **Integration der Int... (egrationen?)**“ (siehe Einladungen). Dies ist ein direkter Hinweis auf die Strategie des weißrussischen Außenministeriums „Helsinki 2.0“: Der Titel der Konferenz („*Die Integration der Integrationen*“) wurde im genauen Wortlaut aus diesem Dokument übernommen. Das bedeutet, dass diese Konferenz im Rahmen der Umsetzung der Strategie „Helsinki 2.0“ von weißrussischen Behörden veranstaltet wird.

Warum glauben wir, dass es sich eher um eine direkte Anweisung von Lukaschenko als um eine Eigeninitiative seitens der Familie Gaidukevich handelt?

Die Antwort liegt in der besonderen Prägung der weißrussischen politischen Kultur. Alle internationalen politischen Kongresse müssen durch Lukaschenkos Verwaltung und das Außenministerium genehmigt und koordiniert werden.

Kurz zur Erinnerung: Seit **2000** ist es keiner Partei gelungen, offiziell registriert zu werden. Als Beispiel dient die Christlich-Demokratische Partei von Belarus, deren Registrierungsantrag am **6. April 2018** zum **siebten Mal (!)** abgelehnt wurde.

Vom **28. bis 29. Oktober 2013** fand in Vilnius das „Minsker Forum“ in Form der Konferenz „Strategie der zukünftigen EU-Politik gegenüber Weißrussland“ statt. Zwischen **1997** und **2010** fand das „Minsker Forum“ in Minsk statt, jedoch wurde dies später aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Weißrussland von den einheimischen Behörden verweigert. Infolgedessen musste man nach Vilnius ausweichen.

**Am 15. Mai 2016** versuchte die Opposition eine Gründungsversammlung einer oppositionellen Parteifront durchzuführen. Über 100 Leute nahmen an dieser

Versammlung teil. Da es aber nicht von Lukaschenkos Verwaltung genehmigt und koordiniert wurde, kam es zur Verhaftung aller Teilnehmer\*innen, die daraufhin mit Geldstrafen belegt wurden. Des Weiteren wurde das erste Staatsoberhaupt des unabhängigen Weißrusslands, Stanislav Schuschkewitsch, **zu einer Geldstrafe von 230 US-Dollar** verurteilt. Laut Angaben des Gerichts wurde er wegen einer „aktiven Diskussion über das politische Leben des Landes“ mit dieser Geldstrafe belegt.

Damit wird klar, dass die Idee der Organisation des Kongresses rechtsextremer Parteien in Minsk und die Liste aller **18** teilnehmenden Parteien ihren Ursprung „ganz oben“ hat (in Lukaschenkos Verwaltung und im weißrussischen Außenministerium) oder er zumindest von diesen Stellen genehmigt wurde. Außerdem muss dies **VOR dem Versand der Einladungen (26.04.2018)** an die AfD, Front National, usw. erfolgt sein. Bekannterweise wurden zur gleichen Zeit die Vorbereitungen für die Konferenz „Minsker Dialog“ mit europäischen demokratischen Strukturen durchgeführt.

Wie das alles zu bewerten ist, hängt selbstverständlich von den europäischen demokratischen Strukturen selbst ab.

Unserer Meinung nach stellen die Intransparenz und Zügellosigkeit der Handlungen der weißrussischen Behörden, einschließlich im Verhandlungsprozess mit europäischen Strukturen, die größte Gefahr für Sicherheit und Stabilität in der Region dar. Ferner halten wir es für bedenklich, dass Europa eine passive Haltung in diesem Prozess einnimmt.

### **Fortsetzung folgt.**

Olga Karatch, Leiterin der Organisation „Our House“ (НАШ ДОМ/ „Unser Zuhause“)

Übersetzung: Aleš Janoušek

<http://rec.gov.by/ru/spisok-politicheskikh-partiy>

<https://ru.delfi.lt/news/politics/minskij-forum-belarus-v-centre-konfrontacii-mezhdu-rossiej-i-zapadom.d?ID=66549762>

<https://news.tut.by/economics/251429.html>